

## **Stellungnahme zum Bundesbericht zur Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses (BuWiN) der Initiatorinnen der „Berliner Erklärung“<sup>1</sup>**

Mit großer Freude haben wir die Bemühungen der Bundesregierung zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses wahrgenommen, wie sie sich etwa in der Erstellung des BuWiN und der darin aufgezeigten Förderungen niedergeschlagen haben.

Wir registrieren ein zunehmendes Bewusstsein in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft für die Bedeutung des sog. wissenschaftlichen Nachwuchses. Insbesondere im internationalen Vergleich hat sich herausgestellt, wie notwendig diese Investitionen in die Zukunft der Wissenschaft sind.

Wir möchten gerne im Folgenden einige Anregungen zur Verbesserung der Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses nach der Promotion, besser bezeichnet als Junior Researchers, geben.

Dabei sind uns zwei Punkte besonders wichtig:

- 1) Eine Erhöhung des Frauenanteils, insbesondere in dieser Qualifizierungsphase, auf mindestens 40%.**
- 2) Die Einrichtung von 10.000 Tenure-Track-Stellen nach der Promotion, d.h. Stellen, die nach einer erfolgreichen Evaluation nach 6 Jahren entfristet werden.**

### **AD 1: ERHÖHUNG DES FRAUENANTEILS**

Der Ruf nach einer Quote für Wissenschaftlerinnen wird angesichts einer nur schleppenden Integration von Frauen auf allen Qualifizierungsstufen in der Wissenschaft immer lauter.<sup>2</sup> Der internationale Vergleich zeigt, dass der Ausstieg der Frauen aus dem Wissenschaftsbetrieb von Stufe zu Stufe um bis zu sechzehn Prozentpunkte kein Naturgesetz sein muss.<sup>3</sup>

Besonders aufschlussreich erscheint uns hier ein Blick auf die Promotions-, Habilitations- und Berufungsintensität der Frauen im Vergleich zur Gesamtzahl und zu ihren männlichen Kollegen.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Für die „Berliner Erklärung“ und ihren Hintergrund vgl.

[http://www.academics.de/wissenschaft/berliner\\_erklaerung\\_30395.html](http://www.academics.de/wissenschaft/berliner_erklaerung_30395.html); <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2063&count=499&recno=1&sort=anfang&order=down&epoche=22>; <http://www.geschkult.fu-berlin.de/e/relwiss/VWPostDocKonferenz/anmeldung/index.html>.

<sup>2</sup> Vgl. zuletzt Forschung & Lehre 6/08 Titelthema „Braucht die Wissenschaft eine Frauenquote?“.

<sup>3</sup> Prozentsatz der Frauen bei den Hochschulabsolvierenden 50%, bei den Promotionen 39,6 %, bei den Habilitationen 23% und schließlich bei den C4-Professuren 9,7%.

<sup>4</sup> Betrug 2005 die Promotionsintensität insgesamt 14,2%, lag sie bei Männern bei 18% und bei Frauen bei 10%. Ähnliches zeigt sich für die Habilitationsintensität: gesamt 8,6%, Männer 10%, Frauen 5,8 %. Bei den Neuberu-

Demzufolge bestehen die größten „Lecks“ der *leaking pipeline* beim Übergang zur Promotion und insbesondere zur Habilitation. Hier gilt es unserer Meinung nach anzusetzen.

Das Fenster für mehr Chancengerechtigkeit für Frauen in der Wissenschaft ist angesichts der Altersstruktur des Wissenschaftspersonals an den Hochschulen und der Entwicklung der Studierendenzahlen geöffnet, wenn auch nur für kurze Zeit.<sup>5</sup> Es zu nutzen, ist nicht zuletzt Aufgabe der Bundesregierung.

Dabei geht das von der Bundesregierung vorgesehene „Professorinnen-Programm“ mit der Einrichtung von Vorzugs-Professuren unserer Meinung nach in die richtige Richtung. Allerdings erscheint es mindestens ebenso dringend, den Anteil der Frauen in der Post-Doc-Qualifizierungsphase zu erhöhen.

Dafür schlagen wir folgende Schritte vor:

- 1) **Promotionsstufe:** Der Anteil der Frauen an den derzeitigen Promotionen beträgt etwa 40 Prozent, dieser Wert bleibt um circa 10 Prozentpunkte hinter dem Anteil an Hochschul-AbsolventInnen zurück. Somit muss die Anzahl der geförderten Promovendinnen deutlich erhöht werden.
  - Deshalb sollte die Bundesregierung die Universitäten und Drittmittelgeber ausdrücklich auffordern, Promotionsstellen bevorzugt an Frauen zu vergeben. Dies gilt in besonderem Maße für Fächer, in denen Promovendinnen nach wie vor noch deutlicher unterrepräsentiert sind. Dabei ist darauf zu achten, dass Frauen nicht – wie bisher üblich – eher Stipendien als Stellen erhalten, sondern Frauen gezielt für Stellen angeworben werden. In den Graduiertenkollegs muss die Förderung hälftig auf Männer und Frauen verteilt werden. Als zusätzlicher Anreiz sollte im Rahmen einer Projektfinanzierung nach dem Prinzip des Gender-Budgeting Geld grundsätzlich nur ausgeschüttet werden, wenn mindestens 40% der Mittel für ein Projekt Frauen zugutekommen.
- 2) **Habilitationsphase:** Da hier der „Einbruch“ des Frauenanteils am größten ist, besteht an dieser Stelle der größte Handlungsbedarf:
  - Die Bundesregierung sollte mindestens 6.000 Stellen einrichten, auf die sich ausschließlich Frauen bewerben können.
  - Zusätzlich müssen, um Frauen überhaupt zu dem Schritt der weiteren Qualifizierung nach der Promotion zu ermutigen, Mentoring-Programme von der Bundesregierung für Nachwuchswissenschaftlerinnen aufgelegt werden.<sup>6</sup> Nur durch eine

---

fungen hingegen stellte sich das Verhältnis mit jeweils 38 bzw. 39 % nahezu ausgewogen dar. Die Zahlen sind dem Bundesbericht zur Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses (BuWiN) entnommen, vgl. hier S. 112f.

<sup>5</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/5898.

<sup>6</sup> Vgl. etwa das „Fast-Track-Programm“ der Robert-Bosch-Stiftung.

institutionelle Verankerung der Motivation zum Hochschullehrerinnenberuf kann es gelingen, Frauen die Scheu zu nehmen, diesen Berufswunsch zu artikulieren und anzustreben.<sup>7</sup> Nicht zuletzt an der geschlechterspezifischen Bedeutungsbeimessung und Realisierbarkeit von Publikationsverhalten, der Teilnahme an Tagungen und Kontakten zu anderen Wissenschaftlern zeigt sich, dass Frauen hier noch großen Nachholbedarf besitzen und in der Regel weniger als ihre männlichen Kollegen hierzu ermuntert und gefördert werden.

3) **Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie:** Angesichts der zunehmenden Kinderlosigkeit von NachwuchswissenschaftlerInnen besteht hier erhöhter Handlungsbedarf. Dabei ist deutlich, dass Familienförderung zwar kein Frauenthema ist, aber nach wie vor in Deutschland in erster Linie Frauensache ist – und damit ein Hemmschuh für weibliche Karrieren in der Wissenschaft.

- Bund und Länder sollten die Einrichtung von Kinderbetreuungsinstitutionen an den Universitäten forcieren.

- Da NachwuchswissenschaftlerInnen häufig in befristeten Arbeitsverhältnissen stehen, bedeutet eine Schwangerschaft und Kindererziehungszeit oftmals das vorzeitige Ende des Forschungsprojektes – was das Kinderbekommen in dieser Phase zusätzlich unattraktiv macht. Dementsprechend sollte die Bundesregierung Geld zur Verfügung stellen, um befristete Stellen im Falle von Schwangerschaft und Kinderbetreuung zu verlängern.

- Zusätzlich sollten Kinderbetreuungskosten von Seiten der Drittmittelgeber und der Bundesregierung stark bezuschusst werden.

#### **AD 2: EINRICHTUNG VON 10.000 TENURE-TRACK-STELLEN NACH DER PROMOTION**

Die AssistentenInnen-Stellen wurden abgeschafft, eingerichtet wurden von den im Jahr 2002 zugesagten 6.000 Juniorprofessuren bis Mai 2007 nur etwa 800. Eine bessere Planbarkeit wurde durch die wenigen Stellen ebenfalls nicht erreicht, da nur die wenigsten mit einem Tenure-Track ausgestattet sind. Auch die Ausstattung der Professuren lässt zu wünschen übrig. Diese – wenigen – Stellen reichen zur Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses nach der Promotion nicht aus. Auch die Abschaffung der Habilitation wurde keinesfalls erreicht.

Zunehmend mehr hoch qualifizierte NachwuchswissenschaftlerInnen wandern in das (außer-) europäische Ausland aus. Zwar kommt ein Großteil der Ausgewanderten wieder zurück,

---

<sup>7</sup> Vgl. DFG infobrief, 1/2007, S. 5.

aber wer länger fort ist, bleibt in der Regel auch im Ausland. Im Gegenzug kommen kaum internationale WissenschaftlerInnen nach Deutschland.

Auf die Hochschul-Politik kommen in den nächsten Jahren nahezu überwältigende Aufgaben zu. Dies ist nun, nach der Föderalismus-Reform, insbesondere Ländersache. Gefragt ist an dieser Stelle in erster Linie die Bundesregierung – damit es bei Wikipedia unter Postdoc nicht mehr heißt, dass ein Postdoc in der Regel durch Drittmittel finanziert wird. Bei einer erwarteten Studierendenzahl von 2,7 Mio. Studierenden im Jahr 2012 sollte wenigstens auf 270 Studierende 1 „staatlicher“ Postdoc kommen.

Wir schlagen folgende Schritte vor, für die sich die Bundesregierung einsetzen möge.

- 1) Wir fordern von der Bundesregierung – etwa in Form eines Bund-Länder-Programms – die Einrichtung von 10.000 Stellen, davon mindestens 6.000 für Frauen nach der Promotion, die eine sinnvolle akademische Weiterbildung ermöglichen. D. h. konkret, wir fordern Stellen mit einer Laufzeit von 6 Jahren und anschließendem Tenure-Track nach positiver Evaluation. Die Bezahlung muss mindestens Entgeltgruppe 14 nach TV-L bzw. TVÖD entsprechen und die Beteiligung an nicht mehr als 4 Stunden Lehre vorsehen, so dass Forschung weiterhin möglich ist. Nur eine solche Maßnahme gewährleistet einen Ausweg aus der bisherigen „Karrierperspektive“ Professur vs. Hartz4-Empfänger, da es in Deutschland kaum Berufsmöglichkeiten für Hochqualifizierte im akademischen Bereich neben der Professur gibt. Diese Stellen sollen ohne Altersbeschränkung ausgeschrieben werden.
- 2) Wir fordern von den Stiftungen die Nachhaltigkeit von Forschungsförderung, d. h. die Möglichkeit einer Anschlussfinanzierung an laufende Förderungen.
- 3) Die Universitäten müssen Stellen einrichten, die bei der Antragstellung für das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm behilflich sind! Die deutschen Universitäten müssen anfangen, sich als integrativen Bestandteil des europäischen Hochschulraumes zu verstehen.
- 4) Aus Bundesmitteln müssen mindestens 10.000 neue Postdoc-Stellen finanziert werden, obwohl das Fünffache notwendig wäre! Deutschland muss seine Bildungsausgaben auf den OECD-Durchschnittswert von mindestens 7% bringen!

Gezeichnet:

Dr. Lidia Guzy (Freie Universität Berlin)

Dr. Anja Mihr (Peking University Law School, China / European Inter-University Center for Human Rights and Democratization, Venedig)

Dr. Rajah Scheepers (Leibniz Universität Hannover)